

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verantwortlich: Nachrichten, Dresden  
Hauptredaktion: Nr. 10011  
Schiffstraße 1, Hauptgeschäftsstelle:  
Dresden-L., Marktstraße 34/32

Bezugsgebühr vom 14. bis 29. Februar 1929 bei Nachzahlung 1,70 RM.  
Vollzugspreis für Kanal Februar 2,40 RM. ohne Postgebühren. Einzelnummer 15 Pf.  
Hauptredaktion: Nr. 10011, Hauptgeschäftsstelle: Nr. 10011  
Die Zeitungen werden nach Postamt berechnet:  
die einseitige 30 mm breite Seite 35 Pf., für auswärts 40 Pf., Familienangehörige und Stellen-  
gebühren ohne Rabatt 15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 50 mm breite Seitenzahl 200 Pf., außer-  
halb 300 Pf., Cistengebühr 30 Pf., auswärtige Postgebühren gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Eberich & Reichardt,  
Dresden, Postfach-Nr. 1008 Dresden  
Nachdruck nur mit bewill. Cuedienangebe  
(Dresden, Wader.) zulässig. Unverlangte  
Schreibsätze werden nicht aufbewahrt

**KAFFEE**  
**OLIVIER**  
Prager Straße 5 und Filiale Seestraße 19  
Pfd. 2.60, 3.20, 3.60, 4.00, 4.40, 4.80

**Brennabor** der schönste deutsche Wagen  
Dresden-N. Bautzner Straße 22  
Tel. 56448/9  
**Arthur Anders & Co.**  
Automobile u. Reparaturwerkstatt

Bei **Zögel** speist man gut und preiswert!  
Bier- u. Speiserestaurant  
Prager Straße (neben Capitol)

## Angriffe gegen die deutsche Währung

### Paris mit dem Fünferauschuß unzufrieden

### Wer haßt den Staat?

Lebhafte Propaganda für die Privatfiskalisierung der deutschen Tribute

Paris, 23. Febr. Die Morgenblätter beschäftigen sich eingehend mit der am Freitag von den Sachverständigen ins Auge gefassten Einsetzung eines beratenden Ausschusses, der an Stelle des bisherigen Transferauschusses treten und nur für einen Teil der deutschen Schuld in Frage kommen soll. Großes Vertrauen wird der neuen Lösung nicht entgegengebracht.

Das „Echo de Paris“ sagt: die Trennung der deutschen Schuld in zwei Abschnitte bedeute eine Gefahr. Der dem Transferfiskus unterstellte Betrag würde stark den C-Bonds der Verträge von London ähneln und Gefahr laufen, einfach als nicht bestehend angesehen zu werden. Das Blatt fragt, ob Frankreich entschlossen sei, die Naturalleistungen auszunutzen.

Man siehe Paraphrasen vor, da diese den Vorteil haben, die französische Finanzlage zu verbessern. Es sei zu fürchten, daß die Verhandlungen nicht zum Vorteil Frankreichs gereichten. Jedenfalls seien sie bisher nicht ermutigend.

Auch das sozialistische „Oeuvre“ befürchtet, daß die an den Transfer gebundene deutsche Weltsumme ein eingebildeter Wert sein werde. Es sei festzustellen, daß die Privatfiskalisierung der deutschen Schuld, die die Hauptaufgabe der Sachverständigenarbeiten bilde, in ihrer Gesamtheit aufzugeben sei, und daß die Privatfiskalisierung in Abschnitten weniger von der Grenze der unterzubringenden Obligationen als von dem Einfluß der Obligationen — das Blatt nennt S v. D. — abhängen, der im Vergleich zu den amerikanischen Sagen keine großen Hoffnungen zu erlauben scheint.

Auch dem „Gaulois“ des Herrn Coty scheint der Vorschlag der Sachverständigen gefährlich zu sein, da er die Frage der Kriegsschuldigkeiten nicht vollständig löse. Wenn der neue Vorschlag angenommen würde, würde man wahrscheinlich in dem bisherigen Zustand der ärgerlichen Ungewißheit bleiben. Sauerwein schreibt im „Matin“, man könne nicht sagen, daß in der zweiten Woche der Sachverständigenbesprechungen ein Schritt vorwärts gemacht worden sei. Ein Sachverständiger habe ihm gesagt, daß die Arbeit jetzt noch acht Tage oder einen Monat dauern könne. Acht Tage im Falle des Mißerfolges und einen Monat im Falle des Gelingens.

Die Möglichkeit eines Mißerfolges sei nicht ausgeschlossen. Wenn man sich aber glücklich auf die Rissen geeinigt habe, werde man mit den besten Aussichten an den zweiten Teil der Aufgabe herantreten und sie zu einem guten Ende führen können.

### Deutschland muß auf der Hut sein

Die Ansicht der Berliner Rechtskreise

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 23. Febr. Die Wendung, die die Pariser Reparationsverhandlungen gestern genommen hat, wird insbesondere von politischen Rechtskreisen als höchst bedrohlich bezeichnet. Man kann sich hier des Eindrucks nicht erwehren, daß die deutsche Delegation offenbar in der Transferfrage dem gemeinsamen Kultur der gegenwärtigen Delegationen zu weichen beginnt. Das vorläufige Kompromiß, das gestern in Paris von der fünften Kommission erzielt worden ist, wird in der „Deutschen Zeitung“ als Danaergabe bezeichnet. Die Scherzpresse macht mit Nachdruck darauf aufmerksam, daß für das Reich eine Aufgabe des Transferfiskus überhaupt nur dann diskutabel sei, wenn die Höhe der Gesamtsumme so festgelegt werde, daß eine Gefährdung der deutschen Währung in keinem Falle und in keiner Zeit möglich sei.

Der berühmte schwedische Finanzsachverständige, Professor Cassel, hat sich bekanntlich ebenfalls auf diesen Standpunkt gestellt. Der „Kölnischer“ fordert die deutsche Delegation auf, mit den jetzigen Verhandlungsmethoden Schluss zu machen. Gewiß seien die Sachverständigen, also auch die deutschen Vertreter, an keinen Auftrag gebunden, aber sie seien dem geistigen deutschen Volke gegenüber dafür verantwortlich, daß sie zu seiner Erlösung ihre Zustimmung geben, die nicht den Lebensnotwendigkeiten Deutschlands Rechnung trägt. Vor allem aber dürfe die Prüfung auch nicht im entferntesten den Schimmer der Gefahr auskommen lassen, daß eine neue Entwertung des deutschen Geldes neues, unsagbares Elend über das deutsche Volk bringen könne. Quers kommen die Interessen des deutschen Volkes, und dann erst die Gläubiger!

Eine sonderbare Frage. Sie sollte unmöglich sein; aber sie beherrscht heute Deutschland, das Land der unbegrenzten politischen Möglichkeiten. Wir haben freilich noch andere Sorgen, gewichtigere, wie es scheint. Da arbeitet in Paris die Tributkonferenz. Mit vereinten Kräften rüttelt die Kriegsgläubiger an den letzten Pfeilern, die unsere Währung und Wirtschaft stützen. Zu gleicher Zeit windet sich das Reich in Regierungskrisen. Alles, was in Deutschland für die Führung verantwortlich ist, Regierungen und Parteien, mühen sich seit Monaten um die Quadratur des Kreises: drei Ministerkrisen im Reich und zwei in Preußen. Zwei Versuche sind gescheitert an der Unzulänglichkeit des Systems und der Akteure; der dritte beginnt mit den gleichen unzulänglichen Mitteln. Kein Ende abzusehen! Das Volk murren. Es ist der alte Peter müde. Es wartet auf den Sturm, der alle Energien zusammenreißt, der den inneren Nader in die Erde setzt, der die Kräfte des Widerstandes anspricht zur nationalen Abwehr. Es wartet vergeblich. Unsere Reparationspolitik schweigt — auf Befehl von oben. Dafür tönt um so schriller der Mißklang der Parteidemokratie. Gegen alle Räte draußen und drinnen haben unsere sozialistischen Beherrscher ein probates Rezept: die Abenkunab-offensive unter der Parole: Der Feind steht rechts! Sie machen dem Stahlhelm als der größten vaterländischen Organisation den Prozeß, weil er staatsfeindlich sei. Sie wollen ihm die Beamten vergraulen, mit Verwaltnngsmaßnahmen den Bund zerlegen. Und scheuen sich nicht, den Reichspräsidenten um ihrer höheren Parteizwecke willen in den Streit hereinzuziehen.

Das Mandat hat einen fatalen Beigeschmack. Es erlunet in Anlage und Absichten allzu deutlich an die berühmte Hochverratsaktion vor drei Jahren, als Herr Severing noch Innenminister in Preußen war. Damals drängte die innere Entwicklung aus nationalem Zwang und auch nach den Gelehen der Demokratie zu einer Rechtsregierung im Reich. Flugs erforderte man die Hochverratspläne der Rechten und machte nach der Polizei die Verichte mobil. Das Verfahren schleppte sich hin und brach zusammen an seiner Haltlosigkeit — aber der Zweck war erreicht, die gefährdete Rechtsregierung kam nicht zustande. Und heute? Heute ergibt sich sogar der Prophet des Parlamentarismus, Dr. Wirth, in Wehklagen über die Unfähigkeit des Systems. Mehr noch, er sieht die Gefahr des deutschen Faschismus drohend heraufziehen. Und seine Partei, das Zentrum, steht außerhalb der Regierung, zum erstenmal in Opposition. Besteht da nicht die Gefahr, daß es sich wieder mit der Rechten zusammenschließen könnte, daß sich das Beispiel Polnarski in Deutschland wiederholt, der mit einer Rechtsregierung eine regierungsunfähige Linksmehrheit beherrschte? Die Spuren schrecken. Da plötzlich entdeckt man die „Staatsfeindlichkeit“ des Stahlhelms. Er ist es doch, der gegen das System ankämpft, von dem selbst ein Wirth sagt, daß es so nicht weitergeht. Die trotzdem wollen, daß es „so weitergeht“, haben jetzt den Feind erkannt. Es ist zwar schon lange her, daß er sich republikverderblich gemacht hat; man hatte es in der Zwischenzeit schon fast vergessen, aber jetzt im Augenblick der Not erinnert man sich. Willt es doch, einen Reiz zu treffen in die Reihen der Rechten!

## Ein Stahlhelmer auf offener Straße ermordet

### Bluttat der Berliner Kommunisten

Berlin, 23. Februar. Gestern nacht wurde vor einem Hause in Pantow der 19 Jahre alte Oberprimaner Herbert Kleier, Mitglied des Jungstahlhelms, von zwei Kommunisten, anscheinend Mitgliedern des Rotfrontbundes, erschossen. Die Drissgruppe Pantow des Stahlhelms hatte gestern abend eine Versammlung abgehalten, in der auch der Oberprimaner Kleier als Mitglied des Jungstahlhelms teilgenommen hatte. Nach Schluß der Versammlung gingen die Stahlhelmer in mehreren Gruppen, soweit sie dieselbe Richtung hatten, nach Hause. Dies geschah, weil sie bei ähnlichen Gelegenheiten schon des öfteren von Kommunisten überfallen worden waren. Herbert Kleier ging mit noch zwei Kameraden einer etwas härteren Gruppe voraus. Unterwegs wurde diese von zwei Radfahrern überholt, die an ihr in schnellem Tempo vorbeifuhren. Wahrscheinlich lehrten die beiden Radfahrer auf Umwegen zurück, um die helmtragenden Stahlhelmer nochmals zu überholen. Vor dem Hause Dargender Straße 5 fuhren die Radfahrer dicht an die Gruppe, der sich Kleier angegeschlossen hatte, heran.

### ein Schuß fiel, und Kleier brach, in die linke Brust getroffen, ankommen.

Die beiden Radfahrer, die nach Ansicht der übrigen Stahlhelmer Rotfrontuniform trugen, ritten davon und entkamen in der Dunkelheit. Die Kameraden des Verletzten bemühten sich um ihn, telefonierten nach Arzt und Polizei. Inzwischen kam eine Autobroschle vorbei, die den Schwerverletzten ins Krankenhaus brachte, wo er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, bei der Einlieferung verstorben ist. Der Schuß sah in der Gegend gegen. Die übrigen Stahlhelmer, die nicht mit in das Krankenhaus gefahren waren, suchten in einem in der Nähe gelegenen Vokal Schuß, weil sie weitere Ueberfälle der Kommunisten befürchteten. Inzwischen war die Nordkommission alarmiert worden und ausgerückt. Noch in der Nacht be-

gannen die Vernehmungen der Augenzeugen. Der ermordete Stahlhelmer ist Sohn eines Magistratsbeamten und wird als ruhiger, friedlicher junger Mann geschildert. Die Verurteilung der ganzen Gegend ist über diese lurchebare neue Bluttat der Kommunisten aufs äußerste empört.

## Schwerer Eisenbahnunfall

### Bisher 3 Tote, 7 Schwer- und 10 Leichtverletzte

Dortmund, 23. Febr. Heute morgen gegen 10 Uhr wurde bei der Einfahrt des Personenzuges 175, der zwischen Wanne und Dortmund verkehrt, im Dortmunder Hauptbahnhof ein Wagen dritter Klasse umgeworfen. Die beiden folgenden Wagen entgleisten. Bis jetzt sind 3 Tote, 7 Schwer- und 10 bis 12 Leichtverletzte zu verzeichnen. Endgültiges über die Größe und Ursache des Unfalls kann noch nicht gemeldet werden. Die Toten sind zwei Frauen und ein Mann. Die Namen der Toten und Schwerverletzten kehren noch nicht fest. Die Leichtverletzten konnten nach Aufhebung von Notverbänden nach Hause entlassen werden.

Zu dem Eisenbahnunfall wird noch gemeldet: Der planmäßig um 10,01 Uhr von Castro auf dem Dortmunder Bahnhof eintreffende Personenzug entgleite in einer Weite etwa 300 Meter vor der Einfahrt. Während die Lokomotive auf die beiden ersten Wagen, die richtige Fahrtrichtung einhielten, aufzufuhr, schob sich der dritte Wagen auf ein Nebengleis und stürzte unmittelbar unter dem Einfahrtshaus um.

Die zu Tode gekommenen drei Bahrgäste sind allem Anschein nach

im Augenblick der Entgleisung aus dem Wagon gesprungen und unter den umstürzenden Wagen zu liegen gekommen. Der umgeworfene Wagen wirkte erhebliche Beschädigungen an. Die Rettungsmannschaften richteten zunächst den umgeworfenen Wagen auf und borgen unter Verwendung von Schweißapparaten die Toten und Verwundeten.

Worauf gründet sich nun die Anklage, die so gewichtig sein soll, daß Herr Braun in Gemeinschaft mit Herrn Severing in Erwägungen eingetreten sind, ob man die aktive Tätigkeit von Beamten im Stahlhelm noch weiter dulden kann? Zwei Einwände sind es: die Vorkraft von Fürtenswalde und das Kaisergeburtstagstelegramm. Das letztere war so schlicht und harmlos: „Dem obersten Kriegsherrn der unbesiegbaren Wehrmacht... herzlichste Glückwünsche und ehrfurchtsvolle Grüße“ —, daß nicht einmal die undemokratische Spitzfindigkeit Feindschaft gegen den Staat dahinter finden könnte. Schließlich hat auch Hindenburg in ähnlicher Weise, dieser letztverhandlichen Anstandsfrist genügt, und niemand hat gewagt, ihm daraus einen Vorwurf zu machen. Warum sollte ihre Erfüllung dem Bund der Frontsoldaten verboten sein?

Über die „Gekraftschaft“! Es war am 1. September vorigen Jahres, da hatte ein Unterführer in der Westden Bag gewagt: „Wir haben mit ganzer Seele den angeblichen Staatsaufbau, seine Form und seinen Inhalt, sein Werden und sein Welen.“ Das war, milde gesagt, un-diplomatisch ausgebracht. Auch die verantwortliche Stahlhelmsleitung hat das wohl schon anerkannt. So ein Kernwort, wie es an der Front üblich war, wie es aber im Staatsleben einer um ihre Sicherheit bangenden Republik